



ICKINGER SCHAUKASTEN

Herausgegeben von der
Ickinger SPD

Februar 2002

21. Jahrgang
68. Ausgabe

Verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Nachbarn,

wenn Sie diesen SCHAUKASTEN in den Händen halten, sind es nur noch wenige Tage bis zur Kommunalwahl. Am 3. März entscheiden wir wahlberechtigten Bürger, wie es weitergehen soll in unserer Gemeinde. Sieben Listen werben um die Stimmen und die Sitze im Rat, die zu vergeben sind. Und jedem, der sich um diese Gunst bewirbt, gestehe ich zu, dass er oder sie sich nur im besten Interesse um das Gemeinwohl auf den jeweiligen Listen bewirbt.

Wenn ich allerdings die verschiedenen Broschüren der letzten Wahl aus diesem Anlass noch einmal lese, komme ich zum Schluss, dass das Meiste damals genauso wohlfeil klingt wie heute. Oftmals leichthin geschrieben. Vielleicht auch im Wissen darum, dass man nach sechs Jahren nicht wirklich Rechenschaft über seine Programme ablegen muss. Woher das kommt? Eine genaue Antwort habe ich nicht. Sicher, das politische Gedächtnis ist oftmals kürzer, als man sich selber eingestehen möchte. Auch binden Großprojekte wie der Kanal viel an Aufmerksamkeit. In unserer relativ kleinen Gemeinde gibt es aber einen „wunden Punkt“, der, wie mir scheint sehr interessant ist: Der Gemeinderat ist mit seinen sieben Listen so aufgespalten, dass eine gerade Linie nicht zu erkennen ist. Überspitzt formuliert fehlt es allen am entscheidenden Gewicht, mehr als das Nötigste durchzusetzen. Der Bürgermeister zum Beispiel hat zwar keinen Gegenkandidaten, aber auch keine Hausmacht über das Tagesgeschäft hinaus. Die natürliche Antwort darauf wären wohl wechselnde

Koalitionen gewesen. Diese haben sich jedoch nicht gebildet. Schlimmer noch: Durch die Reduktion ausschließlich auf das Tagesgeschäft versicherten interessante Ansätze aus der Bürgerschaft im Rat komplett.

Nehmen Sie nur das Beispiel des Verkehrs in Icking. Oder auch die Umweltschutzbemühungen. Wäre kein Wahljahr, würden diese Themen durch den Gemeinderat wohl weiterhin genauso stiefmütterlich wie bisher behandelt werden. Deswegen sagen wir, dass es die wichtigste Aufgabe des neuen Gemeinderates sein wird, die Interessen und Anliegen der Bürger besser aufzunehmen, feinfühler zu diskutieren und ernsthafter umzusetzen als bisher. Vor allem auch dann noch, wenn alle Wahlprogramme schon auf dem Altpapierstapel liegen.

Als Ickinger Sozialdemokraten haben wir Sie über die gesamte letzte Wahlperiode hindurch mit dem SCHAUKASTEN laufend informiert und die Möglichkeit zum Dialog geboten. Damit und mit der Arbeit unserer zwei Gemeinderäte hoffen wir, unserem hohen Anspruch an Bürgernähe wenigstens zum Teil gerecht geworden zu sein.

Mit mehr Gewicht in der Zukunft wollen wir auf diesem Weg weitergehen, Ansprechpartner sein, informieren. Dafür bitten wir Sie um Ihre Stimme nach dem Motto:

„Geben Sie den Ickinger Sozialdemokraten eine tragende Rolle!“

Herzlichst *Joh. Frank*

GEMEINDEFINANZEN: KANAL KEINE AUSREDE FÜR JEDE KÜRZUNG!

Haushaltslage zeigt Spielräume auf

Von Frank Jaeger

Auf Initiative unserer Gemeinderäte Martina Mayer-Voigt und Wolfgang Bambuch hat sich im Januar der Rat noch einmal mit dem Haushalt und den Kanalbaukosten auseinandergesetzt. Noch 2001 wurde der erste Antrag von uns gestellt, der dann nicht mehr im Rat behandelt, sondern schriftlich (!) beantwortet wurde. Deswegen wurde der Antrag 2002 nochmals gestellt, und nachdem die CSU einen nahezu inhaltsgleichen Antrag hinterherschob, konnte der Bürgermeister nicht mehr anders und musste ihn auf die Tagesordnung nehmen.

Ziel unserer Fragen war herauszufinden, ob die gestiegenen Kanalkosten wirklich als billige Entschuldigung herangezogen werden können, jedes andere gemeindliche Vorhaben mit dem Kostenargument vom Tisch zu wischen. Das ging soweit, dass unter Hinweis auf die Haushaltslage nicht einmal eine 630-Mark-Kraft für das Jugendcafé in Erwägung gezogen wurde. Martina Mayer-Voigt hat Ihnen darüber im letzten Schaukasten berichtet.

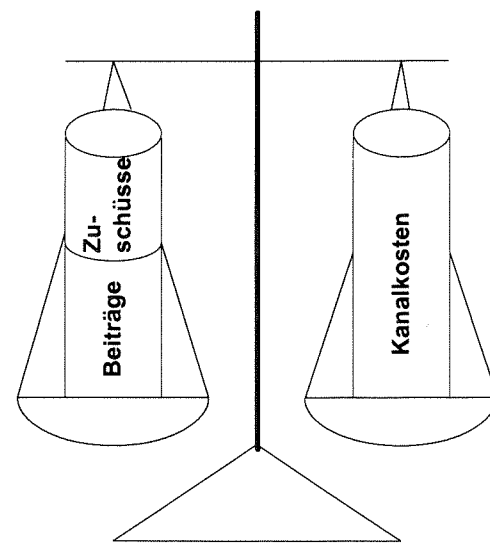
Ich will Ihnen in diesem Schaukasten knapp die letzten Entwicklungen hinsichtlich des Kanals schildern und anschließend die Auswirkungen auf den Gemeindehaushalt.

„Finanzen transparent gestalten“

Das ist wieder einer der Slogans (siehe Leitartikel), der gerne in ein Wahlprogramm hineingeschrieben wird, aber außer im SCHAUKASTEN hat noch keine Gruppierung der Öffentlichkeit erklärt, was es denn mit den Finanzen der Gemeinde auf sich hat.

Wie in der Sitzung vom 21.01.2002 den Gemeinderäten erklärt wurde, halten sich die Baukosten des Kanals weitestgehend im Rahmen der Schätzungen. Von dieser Seite her gibt es also keine bösen Überraschungen. **Jedoch hat der Freistaat Bayern die Zuschüsse so dramatisch gekürzt, dass mehrere Millionen Mark nunmehr zur Deckung der Baukosten fehlen!** Das bedeutet, dass jede Mark (jetzt Euro), die weniger an staatlichen Zuschüssen fließt, die Nutzer direkt über ihre Beiträge oder Gebühren mehr zahlen müssen. Das hat folgenden Hintergrund: Als das Großprojekt Kanal gestartet wurde, waren die Räte sich einig, dass 100% der Kosten

umgelegt werden sollen. Das ist auch gut so und weithin die Praxis. Der Kanal wird also nicht aus dem Haushalt, sondern über die Anschlussgebühren und Beiträge finanziert. Auf Grund der damaligen Schätzungen hatten die Nutzer mit einem Herstellungsbeitrag von ca. 44 DM pro m² Geschoßfläche zu rechnen. Der Herstellungsbeitrag wiederum berechnet sich aus den Gesamtkosten des Kanals abzüglich der staatlichen Zuschüsse. Deswegen müssen jetzt die Bürger mehr als erwartet zahlen. Stellen Sie es sich wie eine Waage vor: In der einen Schale liegen die Kanalkosten, in der anderen liegt Ihr Geld und die staatlichen Zuschüsse. Schrumpfen die Zuschüsse, muß Ihr Beitrag steigen, damit die Waage im Gleichgewicht bleibt.



Es muss an dieser Stelle gesagt werden, dass es Edmund Stoibers Regierung ist, die auf dem Rücken der Kommunen Belastungen ablädt, die dann den eigenen Staatshaushalt gut aussehen lassen.

Was bedeutet das für Sie konkret?

Überschlägig haben wir berechnet, dass die Anschlussbeiträge auf ca. 25 Euro (ca. 49 DM/m²) ansteigen werden. Auf Grund des Kommunalabgabengesetzes (KAG) kann die Gemeinde diesen Nachschlag aber erst mit der Schlussrechnung einfordern, wenn endgültig Klarheit darüber besteht, was der Kanal insgesamt kosten wird

und wie noch die gesamten staatlichen Zuschüsse ausfallen werden.

Aber was bedeutet das für den Gemeindehaushalt?

Die Gemeinde muss aus dem laufenden Haushalt die Bauarbeiten bezahlen, hat also Ausgaben. Auf der anderen Seite hat sie aber Einnahmen, das sind Ihre Beiträge und Vorschüsse und die staatlichen Mittel. Nun taucht folgendes Problem auf: Die Gemeinde kann von den Nutzern nicht im Voraus die gesamten Kosten einfordern. Erstens kennen wir die Gesamtkosten erst nach Abschluss aller Arbeiten, zweitens greifen auch hier die Schranken des Kommunalabgabengesetzes. Die Gemeinde darf gar nicht alle (vermuteten) Kosten im Voraus einheben. Drittens verspricht der Freistaat zwar Zuschüsse - wann diese gezahlt werden und in welcher Höhe ist aber nie so ganz sicher. **Wenn die Einnahmen der Gemeinde aber kleiner als die Ausgaben sind, muss sie aus ihrem laufenden Haushalt zwischenfinanzieren, das Geld also vorstrecken, obwohl der Kanal eigentlich nicht aus Haushaltsmitteln sondern von den Bürgern über die Beiträge und Gebühren finanziert wird.** Und hier liegt das ganze Problem!

Die Gemeinde hat auf Grund der Zwischenfinanzierung plötzlich **ganz erhebliche Schulden** in ihrem Haushalt und niemand will deutlich sagen, dass diesen Schulden sichere, zukünftige Einnahmen gegenüberstehen. Nämlich die Einnahmen aus der Schlußabrechnung des Kanals. Das bedeutet, diese Schulden als Teil der Herstellungskosten werden mit der Schlussrechnung durch die Bürger so oder so getilgt. Ein Privatunternehmen bilanziert und würde diesen Betrag jetzt zwar auch als Schulden ausweisen müssen, könnte aber einen gleich großen Betrag ebenfalls bereits jetzt als sonstige Forderung in die Bilanz einstellen. Die öffentliche Hand darf nicht bilanzieren und basiert wesentlich auf der jahrhundertalten Kameralistik. Die Gemeindeverwaltung hat den Gemeinderäten Zahlenmaterial zukommen lassen, welches wir ausgewertet haben. Danach ergibt sich bis 31.12.2001 ungefähr das folgende Bild (noch in DM):

Umlagefähige Kosten des Kanalbaus bis 31.12.2001:	23,462 Mio.
abzüglich eingehobene Beiträge von Bürgern:	15,787 Mio.
abzüglich schon erhaltene Zuschüsse:	5,690 Mio.

= Deckungslücke bis 31.12.2001:

1,985 Mio.

Nach den Hochrechnungen des Kämmerers wird sich diese Deckungslücke bis zum Ende der Kanalarbeiten auf 4,817 Mio. DM erhöht haben. Diese Deckungslücke muss die Gemeinde durch Aufnahme neuer Schulden zwischenfinanzieren. Die Deckungslücke fließt aber in voller Höhe in die Endabrechnung mit ein. Die Gemeinde schließt also mit der letzten Zahlung der Bürger nach Fertigstellung diese Lücke vollständig.

Die Quintessenz ist, dass wir nicht nur auf den aktuellen Schuldenstand schielen dürfen, ohne zu erwähnen, dass ein erheblicher Teil im eigentlichen Sinne keine Schulden sind. Die wahre Schuldenlast der Gemeinde ergibt sich erst dann, wenn vom aktuellen Schuldenstand (= alle Schulden der Gemeinde) die aktuelle Deckungslücke abgezogen wird (= Zwischenfinanzierung).

Nach Auskunft der Kämmererei lag der Schuldenstand zum Stichtag 31.12.2001 bei DM 5,446 Mio. Davon die Deckungslücke abgezogen ergibt DM 3,461 Mio. Sie sehen also, dass bei Licht besehen das Bild nicht so düster aussieht. Tatsächlich ist die eigentliche Belastung der Gemeinde aus dem Kanalbau nicht der Schuldenstand, sondern die darauf zu zahlenden Zinsen.

Die Schlussfolgerung?

JA, die Gemeinde muss sparen und jedes Projekt ist auf den Prüfstand zu stellen. Die Gemeinderäte haben zum Beispiel bereits eine Korrektur beim Strassenbau eingeleitet. Ich halte dies für richtig. **NEIN**, der Schuldenstand der Gemeinde und die oft zitierten „Belastungen aus dem Kanalbau“ sind keine Legitimation dafür, jede andere sinnvolle Ausgabe der Gemeinde damit von vorneherein zu erschlagen.

Verkehrsplanung und Verkehrssicherheit

Von Gerd Jakobi

Die Analyse

Die Verkehrsstruktur in Icking lässt sich grob einteilen in die **überörtlichen Verkehrswege** - wie die Bundesstraße 11 - sowie die Kreis- und Ortsverbindungsstraßen und die **innerörtlichen Straßen**, die überwiegend der Erschließung der angrenzenden Grundstücke und teilweise der

Verkehrssammlung (z.B. Ludwig Dürr Straße) dienen.

Bei den meisten unserer Straßen teilen sich der motorisierte und der nicht motorisierte Verkehr die Verkehrsflächen. Das führt jeweils zu unterschiedlichen Problemen.

Echte Verkehrsprobleme

Sie bestehen in der Gemeinde Icking in Bereichen mit zusätzlichem Anfall überörtlichen und oft zu schnellen Kraftfahrzeugverkehrs. Dies gilt vornehmlich für

- die **Ortsdurchfahrt der B11** in Icking, insbesondere beim Sportplatzzugang und im Rathausbereich,
- die **Ortsdurchfahrten der Kreis- und Ortsverbindungsstraßen** in Dorfen, Attenhausen, Walchstadt, Icking und Irschenhausen und
- **im Bereich der Schulen und des Kindergartens** mit den zugehörigen Zufahrten.

Alle anderen Straßen werden überwiegend durch den innerörtlichen Quellverkehr belegt. In ihnen liegt ein anderes Gefahrenpotential. Das erfordert andere Lösungsansätze.

Was ist zu tun?

In allen genannten Krisenbereichen kann durch angepasste bauliche und regulierende Maßnahmen eine Erhöhung der Verkehrssicherheit erreicht werden.

So liegt z.B. für die "Verkehrsberuhigung durch Rückbau" in der B11-Ortsdurchfahrt ein fertiger Entwurf des Straßenplaners Kulkmann in der gemeindlichen Schublade, der Aussicht hat, vom Straßenbauamt (das die wesentlichen Kosten zu tragen hat) akzeptiert zu werden. Dieser Plan ist durch eine gesicherte Überquerung zum Sportplatz zu ergänzen. Ebenso wichtig ist die Vervollständigung des Radweges in Richtung Norden.

Die **Ortsverbindungsstraßen** sollten - soweit noch nicht geschehen - innerörtlich mit Gehwegen ausgestattet werden.

Für den überwiegenden Teil unserer **Erschließungsstraßen** gilt nach unserer Ansicht,

dass sich der motorisierte und nicht motorisierte Verkehr die Verkehrsflächen fair teilen sollten. Das heißt den Ausbau solcher Straßen so sparsam wie möglich vorzunehmen. Hieraus entsteht für alle Verkehrsteilnehmer - **und das sind eben wir selbst** - ein besonderer Anspruch an **Kooperation und Rücksichtnahme**, die durch die "gemeinsame Nutzung" des Verkehrsraums gefördert wird. Eine weitere Hilfestellung gibt dabei die im gesamten Ortsbereich geltende Geschwindigkeitsbegrenzung auf 40 km/h.

Bei der Ludwig Dürr Straße neigen wir zu der Entscheidung, durch eine Verkehrstrennung (motorisierter und nicht motorisierter Verkehr) - das heißt Anlegen eines Gehweges - eine Erhöhung der Verkehrssicherheit zu erreichen. Rat von Verkehrsexperten ist hier wohl unverzichtbar.

Die Aufgabe der Gemeinde

Die Gemeinde ist aufgerufen, bei der Planung der **gemeindeeigenen Straßen** durch entsprechende Gestaltung des Straßenraumes eine zwangsläufige Geschwindigkeitsreduzierung zu erreichen. In einigen Fällen wurde dies bereits wahrgenommen (z.B. Gestaltung der im Bau befindlichen Unteren Kirchenleite, Ausbau von Altweg und Schmotzenbreite).

Auch bei den bestehenden Straßen kann im Bedarfsfall Verkehrsverlangsamung durch nachträgliche Maßnahmen erreicht werden, z.B. durch:

- Fahrbahnverengungen und -versetzungen
- Anlage von Fahrbahnschwellen
- gezielte Bepflanzungen innerhalb des Straßenraumes
- Sicherungsmaßnahmen an Fußgängerübergängen (Siehe hierzu auch die Vorschläge der Agenda 21 vom Januar 2002.)

Solche Maßnahmen dienen am wirksamsten der Erhöhung der Sicherheit. Durch entsprechende Beschilderung angezeigte Ge- und Verbote sind allenfalls flankierende Maßnahmen.

Abhängigkeit der Gemeinde

Bei der Verkehrsberuhigung an den anderen eingangs genannten (überörtlich bedeutsamen) Straßen ist die Gemeinde allerdings auf das

Mitspielen übergeordneter Behörden wie Landratsamt und Straßenbauamt angewiesen. Hier ist oftmals Ausdauer und Hartnäckigkeit bei der Verwirklichung gemeindlicher Ziele und Vorstellungen zur Verkehrssicherheit und Ortsgestaltung gefordert.

Höher gesteckte Ziele

Darüber hinaus ist es aber auch unsere Zielsetzung, in Icking die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Straßen - gemeint sind hier primär die Erschließungsstraßen - in ihrer Gestaltung eben nicht ausschließlich am Auto, sondern zuerst am Menschen orientiert sind. Straßen und Plätze (z.B. der Sparkassenplatz) könnten so noch mehr zu Orten der Begegnung und der Kommunikation werden - und das würde Icking noch attraktiver machen.

Der Gartenbauverein Icking stellt sich vor

Von *Helmut Wirkner*

Der Ickinger SCHAUKASTEN ist stets daran interessiert, dass Vereine und Gruppen ihr Anliegen zum Nutzen des Allgemeinwohls vortragen können. Diesmal stellt sich ein Verein vor, den es in Icking schon einmal gegeben hat.

Alt-Ickinger werden sich noch erinnern, dass es in der Gemeinde schon einmal einen Gartenbauverein gab. Dieser hat jedoch schon vor Jahrzehnten seine Aktivitäten eingestellt.

Endlich nun, im Jahr 1999, fanden sich auf Initiative von Anni Rieger aus Walchstadt einige interessierte Bürger, um wieder einen eigenen örtlichen Gartenbauverein ins Leben zu rufen. Die Neugründung konnte am 24. März 1999 in der „Walchstädter Höh“ stattfinden. In Anwesenheit der Bürgermeister, des Landrats und der Kreisvorsitzenden. Der gewählte Vorstand besteht aus seinem 1. Vorsitzenden Konrad Sedlmeyer, der 2. Vorsitzenden Anni Rieger, der Kassiererin Marianne Pauli und meiner selbst als Schriftführer.

Es sind jetzt drei Jahre vergangen. Was damals selbst die Optimisten unter den zwölf Gründungsmitgliedern nicht für möglich hielten, ist eingetreten. Der Gartenbauverein hat sich in

dieser kurzen Zeit so positiv entwickelt, dass er heute bereits über 50 Mitglieder zählt. Unmittelbar ist der Gartenbauverein dem Kreisverband Bad Tölz - Wolfratshausen angeschlossen. Der Dachverband für die rund 3300 Aktionsgemeinschaften in ganz Bayern ist der Bayerische Landesverband für Gartenbau und Landespflege, in dem mehr als 500.000 Mitglieder zusammengeschlossen sind.

Wir treffen uns etwa alle vier bis sechs Wochen. Zu diesen Treffen sind ebenfalls alle interessierten Mitbürger stets herzlich willkommen. Geboten wird ein abwechslungsreiches Programm. Es reicht von Fachvorträgen, Gartenbegehungen und Obstbaum-Schnittkursen über Besichtigungen und Lehrfahrten bis zu den Vereinsabenden, die dem geselligen Beisammensein und dem Erfahrungsaustausch dienen. Es besteht auch die Möglichkeit, sich Gartenliteratur auszuleihen oder preiswert zu beziehen. Ebenfalls organisieren wir einen Gemeinschaftsbezug von Balkonpflanzen.

Die Satzung des Gartenbauvereins weist unter anderem ausdrücklich auf die Verpflichtung hin, sich in der Heimatpflege und der Ortsverschönerung zu engagieren. Diesem Auftrag trägt der Gartenbauverein dadurch Rechnung, indem er den jährlichen Schnitt der gemeindeeigenen Obstbäume vornimmt. Darüber hinaus haben wir im Gemeindebereich einige Bepflanzungen übernommen, so die Verkehrsinsel vor der neuen Talberg Unterführung, die Blumentröge an der Grundschule und die Beete am Kriegerdenkmal.

Gärten prägen das Erscheinungsbild des Wohnumfeldes und letztlich auch der ganzen Ansiedlung in besonderem Maße. Es ist deshalb Hauptaufgabe unseres Vereins, dazu beizutragen, dass die Gärten auch mit Leben erfüllt sind. Solche Gärten bestechen durch ihre Natürlichkeit und ihren Artenreichtum an überwiegend heimischen Pflanzen. Sie sind ökologisch wertvoll. Sie sind vielseitig nutzbar und tragen wesentlich zur Verbesserung der Lebensqualität ihrer Besitzer und der Allgemeinheit bei. Die genannten Aktivitäten haben zum Ziel, das Interesse an dieser Art der Gartengestaltung und Gartennutzung zu wecken. Das Wissen für die praktische Durchführung zu vermitteln. Den Blick des Gartenbesitzers für die Schönheiten der Natur zu schärfen und das alles beginnt schon im unmittelbaren Umfeld eines jeden von uns. Es ist deshalb wünschenswert, wenn sich noch weit mehr Bürgerinnen und Bürger mit diesen Zielen identifizieren und sich dem Gartenbauverein Icking anschließen würden.

Kontakt:
Konrad Sedlmeyer
Tel.: 08178-5229

QUALIFIZIERTE NACHMITTAGSBETREUUNG IN DER GRUNDSCHULE ICKING SCHON VOR 2006

Von Frank Jaeger

Einer unserer programmatischen Eckpfeiler für die kommende Legislaturperiode ist eine qualifizierte Nachmittagsbetreuung für die Grundschule Icking. Wir nennen es „ein modernes Angebot für eine moderne Gemeinde“. Modern deswegen, weil wir damit letzte Erkenntnisse der Pädagogik mit einem anderen Blick auf das viel strapazierte Wort „Flexibilität“ verbinden wollen.

Tatsache ist, dass gerade in Icking viele Menschen leben - vornehmlich Mütter - die hervorragend ausgebildet nach einer Möglichkeit suchen, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. Im Süden von München suchen auf der anderen Seite viele Unternehmen händeringend nach qualifiziertem Personal und können es nicht finden. Die PISA-Studie, von der in letzter Zeit so häufig die Rede war, hat ganz generell schwere Defizite im deutschen Bildungswesen aufgezeigt. Dies alles zusammen führt vielleicht zu einem völlig anderen Verständnis von Schule als bisher. Nachbarstaaten, in denen die Ganztagschule schon länger eingeführt ist, haben sehr gute Erfahrungen mit diesem Modell gemacht. Sowohl in sozialer als auch in pädagogischer Hinsicht.

Tatsache ist ebenfalls, dass nach vielen Jahren der Ablehnung und des Zögerns die bayerische Staatsregierung sich jetzt ebenfalls für dieses Modell erwärmt hat und es in allen Schularten flächendeckend eingeführt sehen will (www.stmuk.bayern.de). Dabei will Bayern sowohl die reine Nachmittagsbetreuung als auch die Ganztageschule fördern. So bleibt nur die alte Streitfrage, wer das zahlen soll.

Aber was ist eine pädagogische Nachmittagsbetreuung?

Und was unterscheidet sie von der einfachen Nachmittagsbetreuung? An der Grundschule in Icking gibt es bereits eine Art von Nachmittagsbetreuung mit einer Schulspeisung, die regelmäßig in Anspruch genommen wird. Pädagogisch wird das Ganze dann, wenn die Buben und Mädchen in der Kernarbeitszeit bis ca. 16-17 Uhr nach dem Vormittagsunterricht nicht nur eine Schulspeisung erhalten, sondern daran anschließend eine organisierte Spiel- und Freizeitgestaltung und eine betreute Hausaufgabenzeit haben, die durch eine Fachkraft begleitet wird. Langfristig muß man kein Prophet sein, um vorauszusagen, dass eine

Nachmittagsbetreuung mit Neigungsgruppen ergänzt werden kann und wird. Betrachtet man die immer wieder geführte Diskussion über die Verkürzung der Schulzeit, ist es sogar ziemlich wahrscheinlich, dass Inhalte des Curriculums ganz in den Nachmittag verlagert werden.

Die Einrichtungen sind vorhanden!

Bei der Erweiterung und dem Umbau der Ickinger Grundschule hat der Gemeinderat in sehr weiser Voraussicht bereits eine Küche installieren lassen. Die technische Voraussetzung einer Schulspeisung ist damit vorhanden. Da das Nachmittagsangebot freiwillig ist, sind auch die Räumlichkeiten ausreichend. Wir denken deshalb nicht, dass der Raum für das Jugendcafé dringend für eine Nachmittagsbetreuung gebraucht wird. Abgesehen davon sind weitere Raumkapazitäten vorhanden.

Die gesetzliche Regelung kommt so oder so!

Die bayerische Staatsregierung erkennt jetzt ausdrücklich an, dass die qualifizierte Nachmittagsbetreuung modernen Familien und Alleinerziehenden bessere Chancen in einem sich verändernden Alltag geben soll. Wenn man der Kultusministerin glauben darf, ist es keine Frage, ob die qualifizierte Nachmittagsbetreuung eingeführt wird, sondern wann.

Wir schlagen einen Stufenplan vor

Wir wollen, dass die Gemeinde nicht nur ein ihr vorgegebenes Minimum erfüllt, sondern sich bereits jetzt für zukünftige Änderungen in der Schullandschaft wappnet. Da die Gemeinden der Aufwandsträger für die Grundschulen sind, werden diese Änderungen, egal wie sie aussehen werden, aus den Gemeindehaushalten zu bestreiten sein. Erste Stufe: Wir wollen bereits im Schuljahr 2002/2003 eine Abfrage bei allen Eltern schulpflichtiger Kinder und bei den Eltern des noch einzuschulenden Jahrgangs starten, ob und wie sie ein solches Angebot nutzen würden. Zweite Stufe: Nach der Auswertung könnte man im Jahr 2003/2004 die gegenwärtige Betreuung bereits um ein fachpädagogisches Angebot bis 16 Uhr ergänzen. Dritte Stufe: Die Nachmittagsbetreuung wird bis 18 Uhr verlängert und kann bei Bedarf um Neigungsgruppen verstärkt werden.

Kosten und Eigenbeteiligung

Alle diese Maßnahmen werden Geld kosten. Aber ähnlich dem Kindergartenangebot wäre ein Modell wünschenswert, das die Lasten gerecht auf Nutzer und Gemeinde verteilt. Das bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus fördert zur Zeit Modellprojekte mit erheblichen Geldmitteln. Eine Kostenfreiheit für die Eltern ist wünschenswert, aber diese wird von Anfang an wohl nicht zu haben sein. Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, dass die Eltern die vollen Kosten der Schulspeisung übernehmen und bei den Zusatzkosten eines erweiterten Betreuungsangebots zumindest einen Teil tragen. Deswegen brauchen wir auch die Umfrage, um zu wissen, wie weit die Bereitschaft der zukünftigen Nutzer denn gehen würde. Was man sich also leisten kann. Schlussendlich: In der Anfangsphase dürfen keine übertriebenen Anforderungen an die Eltern gestellt werden, die so ein Angebot nutzen wollen, da die Durchschnittskosten pro Kind mit steigender Nutzung natürlich fallen werden. Hier müsste die Gemeinde bereit sein, sozusagen eine „Anschubfinanzierung“ zu leisten.

Schulträgerschaft ist kommunale Kernaufgabe! Artikel 83 der Bayerischen Verfassung weist das Grundschulwesen den Kommunen als Pflichtaufgabe in ihrem eigenen Wirkungskreis zu.

Das bedeutet auch, dass die Bürgerinnen und Bürger durch den Wahlscheid frei sind, einem zukünftigen Gemeinderat zu signalisieren, wo sie Schwerpunkte gesetzt sehen wollen.

AM 3. MÄRZ WIRD AUCH DER NEUE KREISTAG UND DER NEUE LANDRAT GEWÄHLT!

Für die Ickinger Kandidaten auf der Kreislistensliste bitten wir Sie herzlich um Ihre Stimmen.

- X Wahlvorschlag Nr. 2 Kennwort SPD
- ...
- 3 Christiane von Beckerath, Platz 32
- 3 Evamaria von Savigny, Platz 42
- 3 Frank Jaeger, Platz 46

Mit Fabian von Xylander für Icking in den Kreistag

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Sie wollen wissen, wen Sie wählen. Ich möchte mich Ihnen deshalb kurz vorstellen:

Ich bin 41 Jahre und lebe mit meiner Lebensgefährtin und unseren beiden Kindern (4 Jahre und 9 Monate) in einem denkmalgeschützten ehemaligen Bauernhaus in Erlach, einem Ortsteil von Dietramszell.

Ich habe in München die Französische Schule und das Dante-Gymnasium besucht. Als Pflegehelfer leistete ich meinen Zivildienst in einem Altenheim und einem Krankenhaus. In München habe ich Jura studiert und war nebenbei als Musiklehrer tätig. Aus dem Nebenjob wurde schließlich Beruf: Heute unterrichte ich als Musiklehrer Zither und Hackbrett.

Ich bin seit 1988 Vorsitzender des Vereins zur Betreuung der Partnerschaft zwischen den Gemeinden Dietramszell und Baignes im Südwesten Frankreichs. Seit einem Jahr bin ich ehrenamtlicher Richter am Verwaltungsgericht München. Ich bin Mitglied beim Bund Naturschutz, der Lebenshilfe, der Arbeiterwohlfahrt und der Gewerkschaft Ver.di.

1984 wurde ich mit 23 Jahren in den Gemeinderat gewählt. 1990 folgte die Wahl in den Kreistag.

Meine Schwerpunkte sind seither: ein ausreichendes Angebot an Kindergartenplätzen, eine soziale und gerechte Bauland- und Wohnungspolitik und eine behutsame Ortsentwicklung. Dazu kommen der Ausbau des Öffentlichen Verkehrs und eine umweltfreundliche Abfallpolitik.



Wenn wir die Lebensqualität an Isar und Loisach weiter ausbauen und unsere Umwelt erhalten wollen, dürfen wir uns nicht selbstgefällig zurücklehnen. Gute Kommunalpolitik erfordert mehr als bloße Selbstdarstellung. Wir müssen vorausschauen, unsere Stärken pflegen und an unseren Schwächen arbeiten.

- **Wir müssen den Bestand an qualifizierten Arbeits- und Ausbildungsplätzen erhalten und ausbauen.** Dazu brauchen wir ein koordiniertes Vorgehen von Landkreis, Städten und Gemeinden bei Gewerbeansiedlung, Standortmarketing und Tourismusförderung. Im Wirtschaftsforum des Landkreises sollen verbindliche Ziele und Leitbilder für die regionale Wirtschaftsentwicklung erarbeitet werden.
- **Wir müssen die Freiräume für ein kinder- und familienfreundliches Zusammenleben erweitern.** Wir wollen die Kinderbetreuung im Landkreis schrittweise ausbauen. Unser Ziel ist es, im Landkreis ein breites Angebot an Krippen- und Kindergarten-, an Hort- und Ganztageseschulplätzen zu schaffen.
- **Wir müssen den Verkehr in umweltfreundliche Bahnen lenken.** Wir werden uns für ein verbessertes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln (Bus und Bahn) einsetzen. Unser Ziel ist es, für den gesamten Landkreis einen attraktiven Öffentlichen Personennahverkehr zu schaffen - ein Fahrplan, ein Tarif.

Als Ihr Landrat möchte ich mich einsetzen für

- eine bürgernahe Verwaltung,
- eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Landrat, allen Kreisräten, der Landkreisverwaltung, den Städten und Gemeinden,
- eine sachliche und offene Zusammenarbeit im Kreistag über Parteigrenzen hinweg,
- offene Information der Öffentlichkeit und aller Betroffenen,
- mehr Bürgerbeteiligung.

Mit meiner nunmehr 18jährigen Erfahrung in der Kommunalpolitik möchte ich als Landrat nicht alles anders, aber doch einiges besser machen.

Von Anfang an habe ich mich für offene Information, freie und sachliche Diskussion, mehr Bürgernähe und mehr Bürgerbeteiligung eingesetzt. Das sind die wichtigsten Voraussetzungen für eine gute Kommunalpolitik.

Ihr

Was ich als Landrat für unseren Landkreis erreichen will:

Natur, Landschaft, Tradition, attraktive Arbeitsplätze und Freizeitangebote machen unseren Landkreis zu einem der schönsten in ganz Bayern.

So wählen Sie richtig - Ihre Möglichkeiten in der Gemeinde- und Kreistagswahl

Das Kommunalwahlrecht in Bayern ist kompliziert, aber dafür sehr flexibel. Mit der Möglichkeit des Kumulierens („Häufeln“) und des Panaschierens stehen Ihnen alle Möglichkeiten offen, Ihre Wahlentscheidung zu einer echten Persönlichkeitswahl zu machen.

Sie haben für Kreistag und Gemeinderat jeweils so viele Stimmen zu vergeben, wie jeweils beide Mitglieder haben. Für den Kreistag also 60 Stimmen und für den Gemeinderat 16 Stimmen.

1. Möglichkeit: Sie können eine Liste im Ganzen wählen.

Mit ihrem Kreuz neben dem Namen der Liste vergeben Sie alle Ihre Stimmen auf die einzelnen Bewerber der Liste in der Reihenfolge ihres Erscheinens.

2. Möglichkeit: Sie können einzelne Bewerber innerhalb einer Liste auswählen (Kumulieren oder Häufeln).

Die Reihenfolge der Bewerber können Sie dadurch verändern, dass Sie vor die jeweiligen Namen eine 1 (= eine Stimme), eine 2 (= zwei Stimmen) oder eine 3 (= drei Stimmen) schreiben. Beachten Sie: Auch mehrfach genannten Bewerbern dürfen Sie insgesamt nicht mehr als drei Stimmen geben! Beachten Sie auch, dass Sie insgesamt nicht mehr als die erlaubten 60 beziehungsweise 16 Stimmen geben.

3. Möglichkeit: Sie können Personen aus verschiedenen Wahlvorschlägen wählen.

Sie setzen auf verschiedenen Listen vor die Kandidatennamen ein Kreuz, eine 1, eine 2 oder eine 3. Wieder dürfen Sie pro Bewerber nicht mehr als drei Stimmen und

insgesamt nicht mehr als 60 beziehungsweise 16 Stimmen vergeben.

4. Möglichkeit: Kumulieren und Panaschieren mit Vergabe eines Listenkreuzes.

Sie haben noch nicht alle Ihrer 60 beziehungsweise 16 Stimmen vergeben? Sie haben aber bereits alle Ihnen wichtigen Kandidaten mit bis zu drei Stimmen ausgestattet? Gut so! Sie können jetzt Ihre Reststimmen einfach durch Vergabe eines Listenkreuzes einem der Wahlvorschläge geben. Die Reststimmen werden dann automatisch auf die Bewerber und Bewerberinnen des angekreuzten Wahlvorschlages in der Reihenfolge ihres Erscheinens verteilt. So stellen Sie sicher, dass keine Ihrer Stimmen verloren geht.

Mehr Information unter www.xylander-info.de
www.spd.badtoelz-wolftratshausen.de

Impressum:

Der Ickinger Schaukasten wird herausgegeben vom Ortsverein Icking der SPD. V.i.S.d.P.: Frank Jaeger, Irschenhauser Str. 75, Icking. Redaktion: F. Jaeger, G. Jakobi, C. v. Beckerath. Druck: Fa. Paetzmann, Wolftratshausen. Auflage: 1200 Stück auf chlorfrei gebleichtem Papier

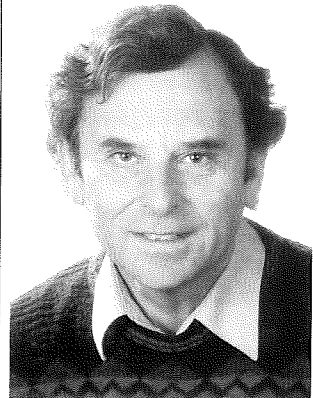
In eigener Sache

Die Serie „Ickings große Künstler“ wird fortgesetzt. Auf Grund der Kommunalwahl ist der Umfang dieses Schaukastens bereits 50% größer geworden als üblich. Wir können jedoch den Umfang des Schaukastens nur in Schritten von jeweils 4 Seiten steigern.

In der nächsten Ausgabe stellt Ihnen Frank Jaeger den Schauspieler Gert Fröbe vor.

UNSERE KANDIDATEN FÜR DIE GEMEINDERATSWAHL

Wer sie sind und für was sie stehen



Dr. iur. Wolfgang Bambuch
(Icking)
57 Jahre, verheiratet, 4 Kinder. In Icking aufgewachsen, Abitur in München, Jura-Studium. Verwaltungsdirektor im Baureferat der Stadt München.

Schwerpunkte in der kommunalen Arbeit: Ortsentwicklung einschließlich Straßenwesen; Naturschutz.

Martina Mayer-Voigt
(Icking)

44 Jahre, verheiratet, 3 Kinder. Als Kind nach Icking gezogen, Abitur am Gymnasium Icking, Ausbildung als Sozialpädagogin, tätig als Musiktherapeutin.



Schwerpunkte in der kommunalen Arbeit: Jugendarbeit, Soziales und Ortsentwicklung.



Frank Jaeger
(Irschenhausen)
31 Jahre, ledig. In Icking aufgewachsen, Abitur am Gymnasium Icking, Studium der Betriebswirtschaftslehre, diplomiert, Jurastudium, 2. Staatsexamen 2001, Rechtsreferendar.

Schwerpunkte in der kommunalen Arbeit: kommunale Finanzen,

Bau- und Planungsrecht sowie Verwaltungsorganisation.

Unser Icking ist eine Gemeinde im Grünen mit einer Villensiedlung und mehreren dörflichen Ortsteilen. Im Umland von München und mit einer auf 5000 Einwohner ausgelegten Kanalisation ist sein besonderer Charme in Gefahr.

Ortsentwicklung, Baulandbereitstellung und Wohnen

Wohnen ist attraktiv, Bauland ist knapp und die Preise dementsprechend hoch. Die Gemeinde hat die gesetzliche Pflicht, Bauland auszuweisen und bereitzustellen. Wir wollen

- einen verstärkten Einsatz von Bebauungsplänen,
- ein sozialnütziges Verteilungsverfahren durch Einheimischenmodelle für finanzschwächere Familien,
- eine Förderung auch des Mietwohnungsbaus.

Schutz des ortsteiltrennenden Grüns und der dörflichen Strukturen

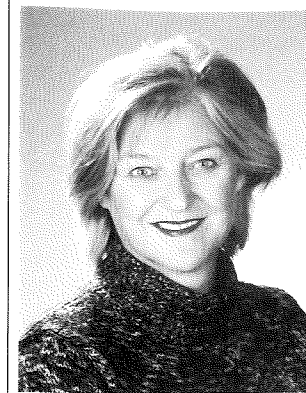
Die weitere Entwicklung soll im Ortszentrum und innerhalb der Ortsteile stattfinden, nicht zwischen ihnen.

- Unser Ziel muss es sein, Siedlungsdruck aufzufangen durch Schließung von Baulücken und maßvolle Verdichtung im Innenbereich.
- Wir wollen weniger Einzelentscheidungen in Bausachen und statt dessen eine langfristige Planung.

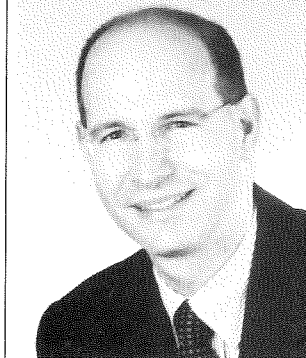
Ökologische Verpflichtung

Wir alle sind aufgerufen, mehr für den Schutz unserer Lebensgrundlagen zu leisten und behutsamer mit Umwelt und Natur umzugehen.

- Icking braucht in Ergänzung des Flächennutzungsplans auch einen Land-



Christiane von Beckerath
(Irschenhausen)
56 Jahre, verheiratet, 3 Kinder.
Französisch-Dozentin und Lektorin.
Schwerpunkt in der Kommunalpolitik: Kultur und Soziales.



Ralph Herbig
(Dorfen)
37 Jahre, verheiratet, 1 Kind. Dipl.-Ing. für Luft- und Raumfahrttechnik. Seit 1997 in Dorfen. Schwerpunkt in der Kommunalpolitik: Finanzplanung und Ortsentwicklung.



Erika Kalix
(Holzen)
69 Jahre, verheiratet, 2 Kinder, pensioniert.
Versicherungskauffrau und Buchhalterin.
Ehrenamtlich in der Schuldnerberatung München. Schwerpunkt in der Kommunalpolitik: Umwelt- und Naturschutz, Finanzen.



Konrad Sedlmeyer
(Icking)
61 Jahre, verheiratet, 1 Kind, pensioniert. In Icking seit 1963.
Vorsitzender des Gartenbauvereins.
Schwerpunkte in der Kommunalpolitik: Ortsverschönerung, Verkehrsberuhigung, Erhalt der ländlichen Strukturen.

schaftsplan, in dem alle schützenswerten Landschaftsteile und registrierten Biotope aufgeführt sind.

- Wir fordern die Erhaltung wertvollen Baumbestands durch Kartierung des Gemeindegebiets. Ein maßgeschneiderter Einzelschutz findet größere Akzeptanz als eine Einheitsverordnung und es ist Zeit, dieses Projekt, das vor Jahren bereits schon einmal begonnen wurde, zu Ende zu führen.
- Aktive Bürgerinnen und Bürger sind ein Geschenk für unser Gemeinwesen. Eine Förderung der lokalen Umweltschutzinitiativen ist daher ein absolutes Muss.

Öffentliches Leben, Versorgung, Straßen und Verkehr

- Icking hat kein Ortszentrum. An der B 11 hat sich jedoch - ob wir wollen oder nicht - ein Standort etabliert. Eine ansehnliche Gestaltung muss dort nach Abschluss des Kanalbaus und seiner Finanzierung unser Anliegen sein. Erfreulich ist die aktive Mithilfe der Gemeinde bei der Ansiedlung und Unterbringung von Geschäften.
- Unser altes Anliegen - nachzulesen in den Wahlprogrammen 1984, 1990 und 1996 - den Sparkassenplatz neu zu gestalten, werden wir weiterverfolgen.

Die Verkehrsprobleme in Icking sind beherrschbar. Für einzelne Brennpunkte fordern wir Geschwindigkeitsreduzierungen durch

- gezielte bauliche Gestaltung,
- zusätzliche Verlangsamung des Verkehrs im Schulbereich,
- die Neugestaltung der Ortsdurchfahrt der B 11 mit Übergang zum Sportplatz.

Gerade im Bereich der Schulen werden wir uns nicht mit dem Kostenargument abspeisen lassen.

Jugendarbeit in Icking, Schule und Soziales

Mit dem EXIL hat die Gemeinde 1996 den Jugendlichen in Icking einen Raum zur Verfügung gestellt. Es fehlt aber der Willen, die Jugendarbeit auf ein solides Fundament zu stellen und ihn damit der diesbezüglich schwachen Gemeinde zu erhalten. Wir fordern von der Gemeinde deshalb



Erich Kölbl
(Icking)
55 Jahre, verheiratet,
4 Kinder. 39 Jahre im
Postdienst, aktives
Mitglied in Vereinen,
lizenzierter Jugend-
trainer (TSV Schäft-
larn). Schwerpunkte in
der Kommunalpolitik:
Jugendarbeit,
Informationspolitik,
Finanzen.

- eine Fachkraft auf Teilzeitbasis einzustellen,
- sich einem überörtlichen Verband der Jugendfürsorge anzuschließen (zum Beispiel Kreisjugendring München-Land),
- sich nicht aus ihrer gesetzlichen Verpflichtung zu stehlen!

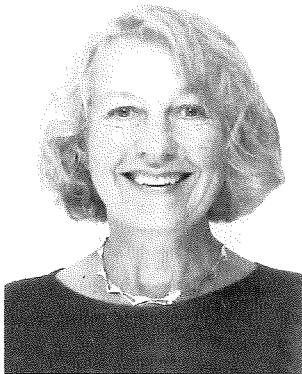
Wir treten für eine **qualifizierte Nachmittagsbetreuung in der Grundschule Icking** ein. Dieses Angebot soll in Icking so bald als möglich eingeführt werden. Wir haben deswegen einen Stufenplan vorgeschlagen. Die zentralen Punkte sind dabei

- die Bestimmung der Nachfrage,
- die stufenweise Einführung und Erweiterung des Betreuungsprogramms,
- eine möglichst geringe Belastung der Eltern.

Das durch unsere Jugendreferentin erfolgreich eingeführte **Ferienprogramm** wollen wir erhalten und erweitern. Ein Beweis mehr dafür, dass ein sinnvolles Angebot nicht immer „großes Geld“ kosten muss.

Informationsfreundliche Gemeinde

Über die Gemeindeverwaltung können wir uns an sich nicht beklagen. Warum aber verschläft die Gemeinde moderne technische Möglichkeiten? Die uns umgebenden Gemeinden machen es vor: Das Rathaus mit seinen Sachgebieten, Öffnungszeiten und Telefonnummern sind im Internet zu finden. Die Annahmezeiten des Wertstoffhofes oder der Post in Icking, Informationen über die Schulen, Kindergärten, Vereine und Geschäfte - all dies kann man in Icking leider noch nicht finden, obwohl mehr als 20 Millionen Menschen „online“ sind. Zum Beispiel Gemeindecatsungen und Formulare über den Computer abzurufen, erspart unnötige Behördengänge. Seit diesem Jahr können wir auch elektronisch unterschreiben. Lasst uns die neuen Möglichkeiten nutzen!



Evi von Savigny
(Icking)
62 Jahre, verheiratet, 1
Tochter.
Fachausbildung MTA,
22 Jahre Organisation
und Betreuung von
Sondersprechstunden
der Universitäts-Frau-
enklinik.
Schwerpunkt: Natur-
und Umweltschutz,
Soziales.



Peter Kreißelmeier
(Icking)
47 Jahre, ledig,
3. Generation
Ickinger. Studium in
München. Lektor,
Übersetzer und
Nachhilfelehrer in
Icking. Schwerpunkte
in der Kommunal-
politik: Ortsbild („Be-
wahren und Ge-
stalten“), Kulturarbeit.

+++In letzter Minute+++In letzter Minute+++In letzter Minute+++In letzter Minute+++In letzter Minute+++
BRAUCHT ICKING EIN GEWERBEGEBIET? Das wird eine der Fragen sein, die den zukünftigen Gemeinderat mit Sicherheit sehr beschäftigen wird. Eine abschließende Antwort kann zur Zeit niemand geben. Eines aber ist sicher: Der unmögliche Vorgang um die Umnutzung von Teilen des Gutes Wadelhausen zeigt uns wieder einmal, dass die Gemeinde nicht Herrin des Verfahrens ist. Ohne Planung, auf mündliche (!) Auskunft des Landratsamts und beständigen Druck der Eigentümerin, hat die Mehrheit des Gemeinderates eine weitreichende Entscheidung getroffen. Und dieser Gemeinderatsbeschluss segnet im Nachhinein vollendeten Tatsachen und Salamtaktik der Eigentümerin ab.

AM 3. MÄRZ IHRE ENTSCHEIDUNG FÜR SECHS JAHRE: LISTE 2 „SPD“